

Freitag, 26. Januar 2024, Rhein-Zeitung Koblenz & Region, Seite 2

Lokalpolitik im Landtag?



Gebühren für Anwohnerparken sind ein Streitthema. Foto: Sebastian Gollnow

Parlamentarier debattieren über Anwohnerparkgebühren – Koblenzer wortführend

Rheinland-Pfalz. Wer am Donnerstagnachmittag nur der Debatte im rheinland-pfälzischen Landtag – mit Sitz in der Landeshauptstadt Mainz – gelauscht hätte, der hätte sich ernsthaft fragen können, ob er oder sie gerade tatsächlich im Landesparlament gelandet ist – oder nicht doch eher im Koblenzer Stadtrat. Nach den ersten Minuten sorgte Landtagsvizepräsident Matthias Lammert (CDU) glücklicherweise für schnelle Aufklärung: Er erinnerte die Abgeordneten daran, dass man eben nicht im Koblenzer Rat spreche.

Diskussionsgegenstand war ein Antrag der Fraktion der Freien Wähler (FW). Sie forderten, dass nicht mehr die Stadt- oder Gemeindeverwaltungen über eine mögliche Erhöhung von Anwohnerparkgebühren entscheiden dürften, sondern die Stadt- oder Gemeinderäte (wir berichteten).

Populistischer Antrag?

Trotz der Erinnerung des Landtagsvizepräsidenten: Koblenz blieb ein Dauerthema. Ob das daran lag, dass morgens Koblenzer Tollitäten vorbeigeschaut hatten? Anna Köbberling (SPD) warf jedenfalls ihrem Kollegen Stephan Wefelscheid – beide in Koblenz lebend – vor, Themen aus dem Rat der Rhein-Mosel-Stadt in den Landtag zu tragen. Die Sozialdemokratin hielt dem FW-Parlamentsgeschäftsführer gar Populismus vor. Denn mit dem Antrag könne er in Koblenz wieder eine Pressemitteilung herausgeben, wie sehr er sich in Mainz für die Belange der Bürger in Koblenz eingesetzt habe, erklärte Köbberling.

Die wirtschaftspolitische Sprecherin der SPD erläuterte, dass das, was die FW-Fraktion verlange, aus ihrer Sicht rechtlich gar nicht möglich sei. Räte könnten keine Gebührenerhöhungen beschließen, dafür seien die Verwaltungen verantwortlich. Außerdem sei es nun einmal sinnvoll, so Köbberling, dass es Entscheidungen gebe, die zum Geschäft der Administrationen gehörten. Sie entschieden auch über andere Gebühren, zum Beispiel für den Personalausweis oder den Reisepass. Doch Wefelscheid blieb bei seiner Auffassung. Er sprach von einem Rechtsproblem, das es aufzulösen gelte.

Anette Moesta – nicht ganz aus Koblenz, sondern aus Andernach – erklärte, dass die CDU-Fraktion sich der Position und Forderung der FW-Kollegen anschließe. Man fordere die Landesregierung auf, es rechtlich möglich zu machen, dass die Räte entscheiden dürften. Lea Heidbreder (Grüne) sah hingegen, wie ihre Kollegin Köbberling, keinen rechtlichen Handlungsspielraum.

Antrag der Freien Wähler abgelehnt

Verkehrsstaatssekretär Andy Becht (FDP) bedankte sich für das Koblenzer „Lokalkolorit“ im Landtag – erklärte dann, dass er kein Demokratiedefizit erkennen könne. Schließlich seien die Stadt- und Gemeinderäte Teil der jeweiligen Verwaltungen. Der Pfälzer argumentierte, dass die wesentliche Entscheidung, in welchen Gebieten genau Parkgebühren erlassen werden, bei den Räten liege, denn sie entschieden über Konzepte zur Stadt- oder Dorfentwicklung. Becht erinnerte außerdem daran, dass der Bürgermeister als Chef der Verwaltung in Rheinland-Pfalz direkt von den Bürgern gewählt werde.

Am Ende lehnten die Ampelfraktionen (SPD, Grüne und FDP) den FW-Antrag erwartungsgemäß ab, die Oppositionsfraktionen (CDU, FW und AfD) stimmten dafür – und das, um das noch mal klarzustellen – im Landtag in Mainz. Bastian Hauck

© Die inhaltlichen Rechte bleiben dem Verlag vorbehalten. Nutzung der journalistischen Inhalte ist ausschließlich zu eigenen, nichtkommerziellen Zwecken erlaubt.